

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Februar 2007

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Judith Schreiber

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 12. bis zum 18. Februar 2007

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europa braucht den europäischen Verfassungsvertrag

In seiner Programmrede erklärte EP-Präsident Pöttering, dass das EP zum Verfassungsvertrag stehe. Er plädierte für die volle Verwirklichung des inhaltlichen Kerns der Verfassung bis zur nächsten Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009. Zum Abschluss seiner Rede zitierte Pöttering Helmut Kohl, der einmal gesagt habe: "Wir haben nicht viel Zeit. Die Welt, in der wir leben, ist nicht bereit zu warten, bis wir unsere inneren Probleme gelöst haben." Er habe Recht. Unterstützung bekam er von Bundeskanzlerin Merkel und Kommissionspräsident Barroso. Martin Schulz (SPE/ DE) lobte die Rede Pötterings, hinter der sich das gesamte Europäische Parlament versammeln könne. Wenn man auf den Vertrag von Nizza zurückgeworfen werde, "dann scheitert eine Idee". (Ro)

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-3007-043-02-07-901-20070208IPR02888-12-02-2007-2007-true/default_de.htm (PM EP)

2. EU-Grundrechtsagentur in Wien kann Tätigkeit zum 01.03. aufnehmen

Die Verordnung zur Errichtung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ist am 15.02. vom Rat der Justiz- und Innenminister endgültig beschlossen worden. Die Agentur wird als Nachfolgerin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein europäisches Kompetenzzentrum für Grundrechte werden und die bisherige Arbeit der Beobachtungsstelle fortführen. (Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0215BMJGrundrechtagentur.html

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/92800.pdf (PM Rat JI)

3. Arbeit des Europäischen Parlaments soll öffentlichkeitswirksamer werden

Auf Vorschlag von Parlamentspräsident Pöttering (EVP/DE) übernimmt Dagmar Roth-Behrendt (SPE/DE) den Vorsitz einer Arbeitsgruppe zur besseren Darstellung und Effizienz des EP bestehend aus jeweils einem persönlichen Vertreter der Fraktionsvorsitzenden. Ein erster Zwischenbericht zu Haushaltsvorschlägen wird im September präsentiert und der Abschlussbericht spätestens im Juni 2008. Erwartet werden insbesondere Vorschläge für eine bessere Ausschussarbeit und zur Aufwertung der beiden Unterausschüsse zur Sicherheit und Verteidigung und zu den Menschenrechten zu vollwertigen Ausschüssen, zum Kodezisionsverfahren und zu den Plenartagungen mit dem Ziel, letztere attraktiver zu gestalten. (Ro)

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Mehr Grenzschutz und mehr Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei Migration

Angesichts der im Frühjahr wieder stärker werdenden Migrationsbewegungen über das Meer in Richtung Europa sehen es die Innenminister und der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Franco Frattini, als vordringlich an, in Migrationsfragen eng mit den Herkunfts- und Transitländern an den Süd- und Ostgrenzen der EU zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig soll auch die Überwachung der europäischen Außengrenzen verstärkt werden. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex müsse dafür mit den notwendigen Mitteln und Kompetenzen ausgestattet werden. Keine Einigung wurde hinsichtlich schneller Einsatzgruppen für Krisenfälle an Grenzübereinstimmungen.(Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0215BMIFrontex.html

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/92800.pdf (PM Rat)

2. Ohne Fortschritte bei Frauenrechten kein EU-Beitritt der Türkei

Dies fordert das EP in einer Entschließung. Der Rechtsrahmen für die Frauenrechte in der Türkei sei im Allgemeinen "zufrieden stellend", seine Umsetzung jedoch "mangelhaft". Die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Frauenrechte, sei eine conditio sine qua non für eine Mitgliedschaft in der EU. Die Abgeordneten bedauern die Verlangsamung des Reformprozesses in der Türkei im vergangenen Jahr und "die fortdauernden Probleme im Bereich der Frauenrechte". Die türkische Regierung müsse die Durchführung der neuen Gesetze zum Schutz der Frauenrechte beschleunigen. Die EU-Richtlinien zur Gleichstellung von Frauen und Männern seien immer noch nicht vollständig umgesetzt. (Ro)

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-3006-043-02-07-902-20070208IPR02887-12-02-2007-2007-false/default_de.htm

3. Iran setzt Weg zu Atombombe unbeirrt fort

Nach einem internen Papier der Dienste des Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Solana, vom 07.02., ist das Atomprogramm mehr durch technische Probleme als durch diplomatischen Druck über die UNO oder die Internationale Atomenergieagentur aufgehalten worden und es gebe kaum eine Möglichkeit, die Fortsetzung zu verhindern. Bisherige Versuche zu Verhandlungslösungen seien gescheitert. Mit Wirtschaftssanktionen allein sei auch nicht beizukommen. (Ro)

<http://www.ft.com/cms/s/ae2d5d24-badd-11db-bbf3-0000779e2340.html>

4. Erster bilateralen Besuch von Ferrero-Waldner in Indien vom 16.-20.02.

Hierzu erklärte Kommissionsmitglied Ferrero-Waldner: „Die engen, wachsenden und dynamischen Beziehungen zwischen der EU und Indien beruhen auf gemeinsamen Werten und starken gemeinsamen Interessen. Die EU ist für Indien der wichtigste Handelspartner und auch die wichtigste Quelle ausländischer Direktinvestitionen, während die EU großes Interesse an der Zusammenarbeit mit Indien zu den entscheidenden Themen unserer Zeit hat – von Energiesicherheit und Klimawandel über multilaterale Handelsliberalisierung, Nichtverbreitung und UN-Reform bis hin zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie, Terrorismusbekämpfung sowie Frieden und regionaler Integration in Süd-Asien.“ (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/182&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/india/intro/index.htm

5. EU bekräftigt Einsatz für lebensfähigen palästinensischen Staat

Der Rat der EU-Außenminister gibt seiner vollen Unterstützung des bevorstehenden Treffens zwischen Premierminister Olmert, Präsident Abbas und Außenministerin Rice Ausdruck und ruft die israelische und die palästinensische Führung auf, einen Prozess einzuleiten, dessen Ziel es ist, die 1967 begonnene Besetzung zu beenden und einen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat zu schaffen, der in Frieden und Sicherheit Seite an Seite mit Israel existiert. (Ro)

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/92767.pdf (PM Außenrat)

b) Entwicklungspolitik

1. Ferrero-Waldner schlägt 470 Mio.-EUR-Paket für Indien vor

Für die Jahre 2007-2013 soll ein Betrag von 470 Mio. EUR bereitgestellt werden, um die Durchführung des Gemeinsamen Aktionsplans - insbesondere auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des sektoralen Dialogs - zu unterstützen, und um Indien dabei zu helfen, seine Millenniumsentwicklungsziele in den Bereichen Gesundheit und Bildung zu verwirklichen. Im Vergleich zu der bisherigen Hilfe bedeutet dies eine erhebliche Zunahme. (Ro)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/198&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/india/intro/index.htm

2. Humanitäre Hilfe für die Opfer der Krise im Irak –EP-Appell an Nachbarländer

Die Europäische Kommission stellt zwei Beschlüsse über die Gewährung von insgesamt 10,2 Mio. EUR als Beitrag zur Deckung des zunehmenden Bedarfs aufgrund der humanitären Krise im Irak fertig. Rund zwei Millionen Iraker sind in Nachbarländer geflohen und es gibt fast ebenso viele Binnenvertriebene. Für Flüchtlinge, die sich unter anderem in Syrien, Jordanien und im Libanon aufhalten, wird die Kommission ein erstes Finanzierungspaket von 6,2 Mio. EUR vorschlagen.. Für Menschen, die im Irak selbst Not leiden, wird ein erstes Finanzierungspaket von rund 4 Mio. EUR vorbereitet.

Das Europäische Parlament fordert die an den Irak angrenzenden Länder auf, ihrer rechtlichen Pflicht zur sofortigen Aufnahme von Flüchtlingen nachzukommen, was insbesondere für diejenigen gelte, die an ihren Grenzen gestrandet seien und besonders bedrohten Minderheiten angehören wie staatenlose Palästinenser oder religiöse und ethnische Minderheiten. (Ro)

3. EP fordert Einschreiten der UNO in Darfur auch gegen Willen des Sudan

Es fordert die Vereinten Nationen auf, selbst für den Fall, dass es keine Genehmigung oder Zustimmung von Seiten der sudanesischen Regierung gibt, einen Zeitpunkt für die Stationierung einer von den Vereinten Nationen getragenen Friedenssicherungstruppe in Darfur gemäß Kapitel VII der UN-Charta und in Übereinstimmung mit der Resolution 1706 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und des UN-Abkommens vom 16. November 2006 festzulegen, um unverzüglich Korridore für humanitäre Maßnahmen zur Unterstützung der zunehmend isolierten und leidenden Bevölkerung in dieser Region einzurichten. (Ro)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0052+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

4. EU verurteilt Menschenrechtsverletzungen in Guinea

In einer Erklärung der Präsidentschaft zeigt sich die Europäische Union bestürzt über die anhaltende Gewalt in Guinea seit der Ernennung eines Premierministers durch den Präsidenten und bedauert noch einmal zutiefst die Verluste von Menschenleben. Sie verurteilt die gewaltsame

Unterdrückung der Demonstrationen und bedauert die Ausrufung des Belagerungszustands. Die Freiheitsbeschränkungen, namentlich die Beschränkungen für Rundfunksendungen, bedeuten einen Rückschritt bei der Erfüllung der Verpflichtungen, die die Regierung im Rahmen der Konsultationen in Anwendung des Cotonou-Abkommens eingegangen ist. Ähnliche Erklärungen gaben das Europäische Parlament und die EU-Kommission ab. (Ro)
http://www.eu2007.de/de/News/CFSP_Statements/February/0215Guinea.html

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

EP fordert weitere Reformen in Arbeitsmarktpolitik

Mit der Annahme des Berichts von Udo Bullmann (SPE/DE) zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik für 2007 nimmt es die positive Entwicklung auf den Arbeitsmarkt zur Kenntnis: Verdoppelung der jährlichen Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 0,6 auf 1,2 % und Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 8 % in der EU und im Euroraum im Jahre 2006 und eine prognostizierte Arbeitslosenrate von 7,3 % in der EU und 7,4 % im Euroraum bis 2008. Es weist jedoch darauf hin, dass die Arbeitslosenquote – insbesondere bei Frauen – weiterhin hoch ist und die Zahlen weit von den in Lissabon festgelegten Zielvorgaben entfernt sind; fordert deshalb weitere Anstrengungen in Richtung auf einen effektiven und integrativen europäischen Arbeitsmarkt, der Flexibilität und Sicherheit verknüpft und in der Lage ist, eine beträchtlich höhere Beschäftigungsquote zu erreichen und unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die notwendigen Reformen in bestmöglicher Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern konzipiert und umgesetzt werden sollten: (Ro)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0051+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung Wirtschaftspolitik)

b) Gesundheit

Werbung für Ginsengpräparate soll auch in Deutschland erlaubt sein

Dies schlug Generalanwalt Dámaso Ruiz-Jarabo Colomer in der Rechtssache C-374/05 Gintec / Verband Sozialer Wettbewerb e.V. (D) dem EuGH zur Entscheidung vor. Streitgegenstand ist die Zulässigkeit von Werbemaßnahmen der Gintec International Import-Export GmbH für verschiedene Ginsengpräparate, die in der Bundesrepublik Deutschland als frei verkäufliche Arzneimittel registriert sind, gegen die der Verband sozialer Wettbewerb e.V. (D) vor dem BGH vorgegangen ist. Insbesondere die Vorschriften über die Werbung (Titel VIII) der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel setzten einen Höchststandard für die Harmonisierung, so dass die Mitgliedstaaten keine weiter gehenden Verbote oder Beschränkungen erlassen können, als es die Richtlinie selbst erlaubt. (Ro)

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-374/05](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-374/05)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ernährung und Landwirtschaft

1. Kommission verstärkt Förderung für Bionahrungsmittel

Zur Eröffnung der BIOFACH in Nürnberg, der weltgrößten Bionahrungsmittelmesse zeichnete Agrarkommissarin Fischer Boel ein positives Bild des Sektors und kündigte bis Sommer dieses Jahres eine intensive Werbekampagne an. Der organische Ansatz sei eine wichtige Antwort auf die Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich Nahrungsmittelqualität, Umweltschutz, Tiergesundheit und ländliche Entwicklung. In der EU der 25 Mitgliedstaaten würden bereits 6 Mio. Hektar biologisch bewirtschaftet. Erforderlich sei noch eine Verbesserung der Standards und der Inspektionen. Rat und EP berieten über ein Logo für die in der EU erzeugten Bio-Nahrungsmittel. Voraussetzung für diese Etikettierung sollte ein Anteil von mindestens 95% „organischer „ Bestandteile sein. Zur Ausweitung des Bio-Anteils halte sie es aber auch für sinnvoll, dass bei Nichterreichen dieses Maßstabs damit geworben werden könne, dass einzelne biologische Bestandteile verwendet worden sind. (Ro)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/82&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EP lehnt Überlegungen der Kommission zur Weinmarktreform ab

In einem Initiativbericht sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, die Destillation vorerst beizubehalten. Die Förderung einer alternativen Verwendung von Weinalkohol, etwa als Bioenergie wird jedoch entgegen dem Votum des Agrarausschusses abgelehnt. Über Rodungen und Neuanpflanzungen sollen die Mitgliedstaaten und die Regionen selbst entscheiden können. Abgelehnt wird auch der Vorschlag der Kommission zur Verringerung der höchstzulässigen Anreicherung mit Zucker. im Falle einer Anreicherung mit Mostkonzentrat müsse dieses Konzentrat aus dem gleichen Produktionsgebiet stammen. Weinbereitungsverfahren, die in der EU nicht zulässig sind müssten auf den Etiketten von Importweinen deklariert werden.

Die zuständige EVP-ED-Berichterstatterin für die Mitteilung der Kommission, Elisabeth Jeggle, zeigte sich zufrieden. "Die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene Rodung und damit endgültige Aufgabe von Rebflächen kann ein Teil der Reform, aber nicht deren Kernstück sein", so die Berichterstatterin weiter. (Ro)

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Kommission geht gegen Protektionismus im Binnenmarkt vor

Mit einem Bündel von Maßnahmen soll erreicht werden, dass der Verkauf von Gütern in einem anderen EU-Land nicht mehr durch überzogene behördliche Kontrollen behindert wird. Kern ist ein Vorschlag wonach bei Erzeugnissen in nicht-harmonisierten Produktbereichen, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind, Behörden in einem anderen Mitgliedstaat nachweisen müssen, dass ein Verbot etwa aus Gründen der Sicherheit gerechtfertigt ist. Bisher wird den ausländischen Herstellern die Beweislast für die Produktsicherheit aufgebürdet. Betroffen ist etwa ein Viertel des Intra-EU-Handels des Verarbeitenden Gewerbes mit etwa 1.500 Mrd. EUR jährlich. Für den bereits geregelten Bereich des Binnenmarkts soll in Zukunft nur noch eine Stelle pro Land zuständig sein. (Ro)

http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/goods/docs/mutrec/2007/com2007-35_internalmarket_de.pdf

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/181&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Beitritt des EP zur Klage (DE) gegen Vergabe-Mitteilung der Kommission

Die CDU-Europaabgeordneten Klaus-Heiner Lehne und Andreas Schwab begrüßen die Entscheidung des Europäischen Parlaments, der Klage der deutschen Bundesregierung gegen die Mitteilung der Kommission zu den Vergaben unterhalb der Schwellenwerte beizutreten. "Wir setzen hiermit ein positives Zeichen gegen die De-facto-Gesetzgebung der EU, die sie mit ihrer Mitteilung vom September eingeleitet hat", so Schwab und Lehne. "Für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte gelten bereits die Grundprinzipien des EG-Vertrags, nämlich die der Diskriminierungsfreiheit, Gleichbehandlung und Transparenz", so der stellvertretende Koordinator im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab. (Ro)

<http://www.epp-ed.eu/press/showPR.asp?PRControlDocTypeID=1&PRControlID=5739&PRContentID=10206&PRContentLg=de>

b) Wettbewerbsrecht

1. Bundesregierung unterstützt Maßnahmen für freien Warenverkehr

"Die heute von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge zu Verbesserungen des freien Warenverkehrs werden zentrale Verhandlungsthemen des Rates während der deutschen Präsidentschaft sein", erklärte der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos. Das Regelungsmodell des sogenannten "Neuen Ansatzes" gemeinschaftsweiter Harmonisierung, das auf die Eigenverantwortung der Wirtschaft beim Inverkehrbringen von Produkten setzt, ohne den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen, sei seit Jahren ein Garant für sichere Produkte und einen fairen Wettbewerb. (Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0214BMWiWarenverkehr.html

2. Kartellbildung bei Transformatoren untersucht – Siemens betroffen

Die EU-Kommission bestätigte, das am 07./08. Kommissionsbeamte zusammen mit nationalen Kartellwächtern unangemeldete Durchsuchungen bei Elektrofirmen in Frankreich, Deutschland und Österreich durchführten. An den zwischen 2001 und 2003 getroffenen Absprachen sind nach Presseberichten 5 deutsche Unternehmen beteiligt gewesen, darunter die von Siemens übernommene VA Tech. Durchsucht worden seien die Siemens-Standorte Nürnberg und Linz. (Ro)

3. Stimmabgabe für ausländische Kleinaktionäre erleichtert

Mit Annahme des Berichts von Klaus-Heiner Lehne (EVP/DE), der mit dem Rat abgestimmt war, um eine Verabschiedung in erster Lesung zu ermöglichen wird die Frist für die Einberufung der Hauptversammlung auf mindestens 21 Tage festgelegt. Außerdem werden Vorkehrungen getroffen, damit Beauftragte im Sinne der Aktionäre ihre Stimme abgeben. Die Kommission begrüßte diesen Beschluss. (Ro)

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/052-3009-043-02-07-909-20070208IPR02890-12-02-2007-2007-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?Type=TA&Reference=P6-TA-2007-0042&language=DE>
(Entschließung)

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Kommission hebt Prognose für Wirtschaftswachstum in der EU an

Das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union wird mit 2,7 % in der EU und 2,4 % in der Eurozone auch im Jahr 2007 kräftig wachsen, so das Ergebnis der Zwischenprognose der Europäischen Kommission. Die Prognose des vergangenen Herbstes wird somit in beiden Regionen um 0,3 Prozentpunkte übertroffen. Deutschland gehört mit einem erwarteten BIP-Anstieg von 1,8% ebenfalls zu den Motoren des Wirtschaftswachstums. Die höheren Energiekosten trieben die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr sowohl in der EU als auch in der Eurozone auf 2,2 %. Dank der niedrigeren Ölpreise und der etwas schwächer als erwarteten Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland soll die Inflation im Jahr 2007 in der Eurozone auf 1,8 % und in der EU auf 2,0 % zurückgehen. (Ro)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/197&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/forecasts_en.htm

2. BIP in der Eurozone und in der EU25 im 4. Quartal 2006 um 0,9% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist im vierten Quartal 2006 das BIP sowohl in der Eurozone (EZ12) als auch in der EU25 um 0,9% angestiegen. Dies geht aus von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, veröffentlichten Schnellschätzungen hervor. Im dritten Quartal 2006 betrug die Wachstumsrate noch +0,5% in der Eurozone und +0,6% in der EU25.

Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal 2006 in der Eurozone um 3,3% und in der EU25 um 3,4% gestiegen, nach +2,7% bzw. +3,0% im Vorquartal.

Im Verlauf des vierten Quartals 2006 stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 0,9% gegenüber dem Vorquartal an, nach +0,5% im dritten Quartal. Verglichen mit dem vierten Quartal 2005 stieg das BIP in den Vereinigten Staaten um 3,4%, nach +3,0% im Vorquartal.

Für das gesamte Jahr 2006 ist das BIP in der Eurozone um 2,7% und in der EU25 um 2,9% gestiegen, nach entsprechenden Werten von +1,4% bzw. +1,7% im Jahr 2005. In den Vereinigten Staaten betrug das BIP-Wachstum für das Jahr 2006 +3,4%, nach +3,2% im Jahr 2005. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/20&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Zunahme des Handelsbilanzdefizits in der Europäischen Union 2006

Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone (EZ12) im Dezember 2006 ein Überschuss von 2,5 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber -1,1 Mrd. im Dezember 2005. Im November 2006 hatte der Saldo +5,1 Mrd., im November 2005 -2,1 Mrd. betragen. Im Dezember 2006 erhöhten sich die Ausfuhren im Vergleich zum November 2006 (saisonbereinigt) um 3,3% und die Einfuhren um 6,7%.

Für die EU25 ergab sich im Handel mit der übrigen Welt nach ersten Schätzungen im Dezember 2006 ein Defizit von 7,3 Mrd. Euro gegenüber -9,6 Mrd. im Dezember 2005. Im November 2006 war ein Saldo von -10,5 Mrd. und im November 2005 von -14,8 Mrd. verbucht worden. Im Dezember 2006 erhöhten sich die Ausfuhren im Vergleich zum November 2006 (saisonbereinigt) um 2,3% und die Einfuhren um 2,7%.

Im Jahr 2006 erzielte die Eurozone ein Handelsbilanzdefizit von 8,2 Mrd. Euro, verglichen mit einem Überschuss von 16,2 Mrd. im Jahr 2005. Die EU25 verzeichnete 2006 ein Defizit von 172,6 Mrd., gegenüber -111,8 Mrd. im Vorjahr. (Ro)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/22&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Finanzen

Zypern und Malta wollen 2008 Euro einführen

Beide Länder haben gestützt auf die positive Evaluierung ihrer Konvergenzprogramme durch die EU-Kommission einen förmlichen Antrag zur Aufnahme in die Eurozone gestellt. Die Kommission und die Europäische Zentralbank werden im Mai eine Empfehlung zu diesen Anträgen abgeben. (Ro)

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/6357551.stm>

VII. Justiz und Inneres

1. Zivilklage gegen Deutschland wegen Kriegsverbrechen unzulässig

Dies entschied der Europäische Gerichtshof im Rahmen eines Verfahrens vor einem griechischen Gericht wegen der Massaker vom 13.12.1943 in der Ortschaft Kalavrita. Er stellte fest, dass es sich um eine Klage gegen Operationen von Streitkräften handelt, welche typischer Ausdruck staatlicher Souveränität und somit ein rein hoheitlicher Akt seien und schloss damit die Anwendung des Übereinkommens vom 27. 09.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen aus. (Ro)

<http://www.curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070015de.pdf>

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-292/05](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-292/05)

2. Einigung über europaweite Vernetzung polizeilicher Datenbanken

Bei der Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union am 15.02. konnte politisches Einvernehmen erzielt werden, die wesentlichen Bestimmungen des Vertrags von Prüm (DE), insbesondere den Zugriff auf DNS-Dateien, Fingerabdrücke und Fahrzeugregister in anderen Ländern, in den Rechtsrahmen der EU zu überführen. Bundesinnenminister Schäuble sprach von einer „positiven Überraschung“. Wegen des Nordirlandkonflikts haben allerdings Großbritannien und Irland die Übernahme der Artikel über grenzüberschreitende Einsätze verhindert. (Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0215BMIPruem.html

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/92800.pdf

3. Haftverbüßung in der Heimat für Ausländer erleichtert

Der Rat der Justiz- und Innenminister hat sich am 15.02. über den wesentlichen Inhalt eines Rahmenbeschlusses geeinigt, mit dem die Mitgliedstaaten solche Strafurteile gegenseitig anerkennen und vollstrecken, mit denen ein Straftäter zu Haft oder sonstigen freiheitsentziehenden Maßnahmen verurteilt wurde. Nach dem Rahmenbeschluss sollen verurteilte Straftäter künftig ohne ihre Zustimmung zur Verbüßung der Strafe in ihr EU - Heimatland überstellt werden, wenn sie dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und dort über familiäre, soziale und sonstige Bindungen verfügen. (Ro)

4. EU-Programme zu Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und Strafjustiz

Der Rat nahm Beschlüsse an, mit denen für den Zeitraum 2007-2013 als Teil des Generellen EU-Programms "Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte" zwei spezifische Programme und als Teil des Generellen EU-Programms "Grundrechte und Justiz" ein spezifisches Programm aufgelegt werden. Dies sind im Einzelnen ein Programm "Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken", mit dem ein Beitrag zur Unterstützung der Bemühungen der EU-Mitgliedstaaten geleistet werden soll, Risiken im Zusammenhang mit Terrorakten und andere Sicherheitsrisiken zu verhindern, sich auf solche Risiken vorzubereiten und die Bevölkerung und kritische Infrastrukturen vor diesen Risiken zu schützen; ein Programm "Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung", das dazu beitragen soll, dass den Bürgern durch Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere des Terrorismus, des Menschenhandels, der Straftaten gegenüber Kindern, des illegalen Drogen- und Waffenhandels, der Bestechung und Bestechlichkeit sowie des Betrugs, ein hohes Maß an Sicherheit geboten wird; ein Programm "Strafjustiz", das zur Stärkung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beitragen soll. (Ro)

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/92766.pdf (PM Allg. Rat)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st16/st16945-re03.de06.pdf> (Beschluss)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st05/st05443.de07.pdf> (A-Punkt)

5. Islamischer Terrorismus größte Gefahr für Europa

In einer Entschließung zum internationalen Terrorismus teilt das Europäische Parlament die Ansicht des Rates, dass die größte Gefahr für Europa derzeit, ungeachtet anderer existierender Formen des Terrorismus, von den radikalen und gewalttätigen Gruppen ausgeht, die vorgeben, den Islam zu verteidigen, wie dem kriminellen al-Qaida-Netz und den Gruppen, die ihm angehören oder von seinen Ideen geleitet werden. Es betont, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten und Partnerländer ihre globale Strategie gegen den Terrorismus auf einem konstruktiven und aufrichtigen Dialog zwischen Völkern und Nationen sowie zwischen Kulturen, Religionen und Zivilisationen aufbauen müssen. (Ro)

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Energie- und Klimapolitik im Zentrum des Europäischen Rats am 08./09.03.

Zur Erreichung der drei zentralen Ziele der Energiepolitik der EU – Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit – wird er ersucht werden, den Aktionsplan der EU im Bereich Energie anzunehmen. Er wird sich ferner auf seine jährliche Überprüfung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Lissabon-Prozess) konzentrieren. Neben Innovation, Forschung und Bildung sollen die Beschäftigung und das europäische Sozialmodell gefördert werden. Insbesondere sollen länderspezifische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten und die Länder des Euro-Raums gebilligt werden. Im Bereich bessere Rechtsetzung wird der Europäische Rat voraussichtlich zu einer Begrenzung des Verwaltungsaufwands (einschließlich eines quantitativen Ziels) aufrufen. (Ro).

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/gena/92766.pdf (PM Allg. Rat)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st05/st05950.de07.pdf> (Entwurf erläuterte Tagesordnung)

2. EP besorgt über Anstieg der Energiepreise

In der Erwägung, dass niedrige Ölpreise die Weltwirtschaft über 50 Jahre lang geprägt haben und die Aussicht auf dauerhaft hohe Ölpreise bereits jetzt zu grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungen beiträgt; in der Erwägung, dass Europas Abhängigkeit von Energieimporten ohne entsprechende Gegenmaßnahmen bis zum Jahr 2030 von 50 % auf 70 % ansteigen wird, wobei 94 % des Öls importiert werden zeigt es sich besorgt, dass die Entwicklung des Ölpreises in den vergangenen Jahren von einer starken Volatilität und einem abrupten Preisanstieg von 12 USD pro Barrel vor dem Jahr 2000 auf 79 USD am 8. August 2006 geprägt war, wodurch die Intensität der wirtschaftlichen Erholung Europas gemindert wurde und stellt fest, dass der Anstieg des Ölpreises in erster Linie auf die schnell wachsende Nachfrage z. B. in China, aber auch den hohen Verbrauch in den USA sowie auf Unsicherheiten in den Förderregionen zurückzuführen ist und fehlende Investitionen in die Infrastruktur zu Versorgungsengpässen führen, weshalb der jüngste Preisanstieg im Wesentlichen eine dauerhafte Komponente aufweise. (Ro)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0054+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (EntschlieÙung)

3. Dimas fordert Verhandlungen über weltweites Folgeabkommen zu Kyoto

Anlässlich des zweiten Jahrestags des Inkrafttretens des Kyoto-Protokolls forderte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas die internationale Gemeinschaft auf, so bald wie möglich Verhandlungen über ein umfassendes Übereinkommen zum Klimawandel aufzunehmen, das an die Stelle des Kyoto-Protokolls tritt, wenn dieses 2012 ausläuft. Kommissar Dimas hielt sich in Washington auf, um mit hochrangigen US-Regierungsbeamten und Kongressmitgliedern über künftige Maßnahmen zum weltweiten Klimaschutz und andere Umweltfragen zu sprechen. (Ro)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/192&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en> Vgl. MEMO/07/58 Climate change and the EU's response

4. Bis 2020 Treibhausgasemissionen aller Industriestaaten um 30 % senken

Nach einer Stellungnahme des EP müssten diese Senkung erfolgen, um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 °C zu begrenzen. Als Maßnahmen schlägt das EP u.a. eine verbesserte Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung von Biokraftstoffen und erneuerbaren Energieträgern sowie die Einführung einer Kerosinsteuer vor. Die EU müsse "weiter ihrer Führungsrolle" gerecht werden und in künftigen Diskussionen mit ihren internationalen Partnern weiterhin "ehrzeigige Ziele" anstreben, so die Abgeordneten. (Ro)

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-3021-043-02-07-911-20070208IPR02902-12-02-2007-2007-false/default_de.htm

5. Anpassung an den Klimawandel bei Wasserhaushalt und Wassernutzungen:

"Wir müssen uns daran gewöhnen, heute bei langfristigen Entscheidungen etwa im Bereich der Infrastruktur oder der Regionalentwicklung die Auswirkungen des Klimawandels insbesondere auf den Wasserhaushalt zu berücksichtigen. Das gilt für die Schifffahrtswege genauso wie für die Wasserver- und Abwasserentsorgung, den Küsten- und Hochwasserschutz oder die Entwicklung von Tourismuszentren und die Elektrizitätserzeugung." Dies betonte Bundesumweltminister und Vorsitzender des EU-Umweltministerrats Sigmar Gabriel bei der Eröffnung des im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stattfindenden Symposiums, zu dem er gemeinsam mit EU-Umweltkommissar Stavros Dimas eingeladen hat. (Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0212BMU.html

http://www.eu2007.de/de/News/Speeches_Interviews/February/0212U.html

b) Verkehr

1. Kommission muss Handgepäckregelung zu Flüssigkeiten überprüfen

Die Europäische Kommission hat gegenüber dem Europäischen Parlament zugesagt, die neuen Bestimmungen betreffend die Mitnahme von Flüssigkeiten an Bord von Flugzeugen zu evaluieren. "Derzeit hat niemand eine Ahnung, ob die 'Plastiksackerl'-Regelung nicht mehr eine Schikane für Flugreisende denn eine sinnvolle Maßnahme für einen Zugewinn an Sicherheit ist", betonte Reinhard Rack MdEP(EVP-ED, Österreich) als Hauptredner der EVP-ED-Fraktion in der Plenardebatte des EP zu diesem Thema. (Ro)

<http://www.epp-ed.eu/press/showPR.asp?PRControlDocTypeID=1&PRControlID=5721&PRContentID=10181&PRContentLg=de> (PM Rack)

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Einigkeit in Rat und Kommission zu Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen

Die für Medien zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommissarin Reding waren sich bei ihrem informellen Treffen am 12.02. darüber einig, dass Schleichwerbung grundsätzlich verboten sein soll, jedoch mit Ausnahmen für Produktplatzierungen in Serien, Spielfilmen und Sportübertragungen. Kommissarin Reding versprach für Ende Februar einen konsolidierten Entwurf der Richtlinie. Strittig ist nach dem Ratsvorsitzenden, dem deutschen Kulturstatsminister Neumann noch die Forderung des Europaparlaments, alle 20 Minuten auf die Platzierung von Produkten hinzuweisen. (Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0212BKM.html

2. EU-weit einheitliche Hotline-Nummer 116000 für vermisste Kinder

Die Telefonnummer 116000 wird in allen Mitgliedstaaten als Hotline für vermisste Kinder reserviert, so die Entscheidung, die von der Kommission verabschiedet wurde. Die Entscheidung bezieht sich auch auf weitere europaweite Telefondienste mit sozialem Hintergrund. (Ro)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/188&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/info_centre/documentation/legislation/

3. Berliner Filmfestspiele 2007: EU- geförderte Filme im Mittelpunkt

Der europäische Film gewinnt international immer mehr an Profil. Von den 26 Filmen, die bei den 57. Internationalen Filmfestspielen in Berlin um die Trophäen konkurrieren, haben acht Fördermittel aus dem europäischen Programm MEDIA erhalten. Insgesamt werden auf dem Festival 17 Filme gezeigt, die im Rahmen von MEDIA unterstützt wurden. MEDIA-Produktionen sind somit dieses Mal deutlich stärker vertreten als im vergangenen Jahr. (Ro)

X: Bildung, Forschung, Kultur

Bedeutung einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung der Kulturwirtschaft

Beim Treffen der Kulturminister der EU betonte Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann: „Die Kulturminister in Europa sind aufgerufen, sich über die deutsche Präsidentschaft hinaus auf eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung der Kulturwirtschaft zu einigen, die einen wesentlichen Wachstumsmotor in Europa darstellt. Schon jetzt arbeiten mehr Menschen in der Kulturwirtschaft als in der Autoindustrie, die Kulturwirtschaft wächst doppelt so schnell wie die übrige Wirtschaft.“

EU-Kommissar Jan Figel` hob die Rolle hervor, die die Kultur für die ökonomische Entwicklung in Europa spielt. In diesem Zusammenhang führte er aus: „Die Mitteilung zur Kultur, die die Kommission in den nächsten Wochen verabschieden will, soll die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur für die Erreichung der Ziele der Lissabonstrategie unterstreichen und in eine Gesamtstrategie einbetten, die den vielfältigen Beitrag der Kultur für das europäische Integrationsprojekt beschreibt.“ (Ro)

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0213BKMKulturwirtschaft.html